

Hallesche Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Hallesche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt 2,00 Reichsmark, der vierteljährliche 5,00 Reichsmark, der halbjährliche 9,00 Reichsmark, der jährliche 16,00 Reichsmark. Für den Postversand kommen 10 Pfennige Zuschlag. Einmalige Anzeigen: 10 Pfennige pro Zeile. Wiederholungen: 5 Pfennige pro Zeile. Die Hallesche Zeitung wird nach Reichsmark-Zeilen berechnet; eine Zeile 0,25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.
Der holländische „Courant“ meldet aus London: Bei Abend in London wurden am Wochenende gemeldet, dass der Eintritt des deutschen Reichs in den Vertrag von Locarno 2.1.1925.
Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Genf: Im Sekretariat des Völkerbundes herrscht Beunruhigung über die durch einen Sturz der deutschen Regierung eintretende Gefährdung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Auswärtige und Streikemans Rüdritzt würden die bisherigen Vereinbarungen umhohen, monach Deutschland bis 1. Dezember das Aufnahmegeruch einreichen und im Völkerbund am 15. Dezember die Aufnahme Deutschlands ausprechen sollte. — Den Engländern ist es sehr eilig, und zu einer etwaigen Untereignung in Deutschland haben sie kein Vertrauen.

Die Londoner „Daily Chronicle“ meldet aus Paris: Der Oberste Militärrat in Versailles hat am Sonnabend seine Beratungen über das auf die deutsche Entwarnungsnotiz zu erhaltende Gutachten abgeschlossen. Wenn Deutschland gewisse Vorbehalte seiner Entwarnungsnotiz fallen lassen wird, besteht im Völkerbaurat Aussicht auf ihre Annahme, obwohl das Gutachten des Militärkomitees zu einem abweichenden Resultat gelangt ist.

Die „Evening Times“ melden aus Brüssel, die belgische Regierung ist sich gezwungen, gegen eine separatistische Bewegung in den deutschen Reichsteilen Capen und Malmedy Gegenmaßnahmen zu ergreifen. — Kein Wunder, denn Capen-Malmedy ist kein deutsches Land.

Der britische Justizminister hat sich mit der Frage der Begnadigung des französischen Ritters Colles befaßt und hat im Geiste der Verständigungsbefürwortungen von Locarno die Bestrafung des Missetätigen in Freiburg wegen Überlieferung des deutschen Gebietes zu 5000 Reichsmark Geldstrafe zurteilten französischen Sportführers Colles auf dem Gnadenwege erlassen. — Immer sind es die Deutschen, die es gar nicht erwarten können, sich der Franzosen an den Hals zu werfen. Es ist ihnen die Franzosen ihre infamen Kriegsprozesse einstellen.

Wie aus Brüssel verlautet, hat sich die belgische Regierung entschlossen, von der Einleitung weiterer Verhandlungen gegen die lognemannen Kriegsverbrecher abzusehen. Nach einer Meldung des „Globe“ sollte gegen den Kriegsgeschehen in Namur eine Verurteilung gegen sieben deutsche Offiziere wegen der Räumung in Ardennen stattfinden. Der Justizminister hat aber in der letzten Minute die Akten eingekerkert, so daß die Sitzung abgelehrt werden mußte.

Die neuen spanisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen begannen am Dienstag. Der Abschluß des Handelsvertrags mit Polen wird spätestens in der zweiten Novemberwoche erwartet.

Die Londoner „Daily News“ meldet die Bildung der drei ersten Sozialistenorganisationen zur Bildung des Reichstages. Die Reichstagswahl des Aufstufes ist von der Presse abgelehnt worden. Sie der neuen Organisationen sind London, Glasgow und Oxford.

Wie die Londoner „Morningpost“ aus Langer meldet, hat man sich in der Sitzung des Komitees am Donnerstag vor dem Front bei Teinan, die Streit des Hafens von Teinan dauert an, da die 16 der 16er Batterien in Stellung gebracht hat und das Vorgehen von Teinan unter Feuer liegt.

Die persische Kammer nahm mit 80 von 85 Stimmen eine Entschlossenung an, in der die Zynismus des gegenwärtigen Regimes abgelehnt und eine zeitlich befristete Regierung im Rahmen der Verfassung dem Premierminister Riza Khan anvertraut wird. Die Entschlossenung befaßt ferner, daß die Nationalversammlung darüber zu entscheiden haben werde, welches die künftige Regierungsform sein soll. — Riza Khan war praktisch schon seit langen Diktator in Persien.

Aus Moskau wird gemeldet, daß Karaman zum dritten Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige ernannt worden ist. Er verbleibt jedoch, wie die Telegrammen-Agentur der Sowjetunion mitteilt, auf seinem Posten als Sowjetbotschafter in China. Aus der Ernennung und gleichzeitigen Befehlung in China ergibt sich die Bedeutung, die Sowjetunion in Peking wird dadurch geradezu zu einer Zweigstelle des russischen auswärtigen Amtes.

Bei den kanadischen Unterhauswahlen existieren die Liberalen eine einschneidende Niederlage. Am Minister, darunter der Ministerpräsident King, wurden nicht wiedergewählt. Die Konservativen werden die nächste Partei.

Wachsende Schwierigkeiten in Syrien.

Die Londoner „Daily News“ berichtet aus Kairo: Die aus Syrien eingetroffenen Berichte zeigen, daß sich der Zustand ausdehnt. Die arabischen Stämme in Aleppo, Palmira und bei Deir-el-Sor senden, wie verlautet, ihre Truppen und Kinder nach anderen Plätzen, bevor der Aufstand ausbricht. Deir-el-Sor soll sich in der Hand der Arabier befinden. Diese haben vier Dörfer nördlich von Damaskus angegriffen, welche von den Franzosen geräumt wurden. Die neu von den Franzosen erbaute Eisenbahn ist zerstört worden.

Aus Alexandria wird berichtet, daß die Aufständischen die Dörfer um Damaskus herum besetzt halten. Es besteht die Gefahr einer Hungersnot in der Stadt, da die Getreideverladungen aus dem hauran abgebrochen sind. In Kairo eingetroffene Nachrichten aus Damaskus berichten, General Sarrail sei vor der Besetzung der Stadt mit knapper Not entkommen und habe sich nach dem Schjebel nach Gizeh geflüchtet. Die Volksmenge habe kein Wohnhaus angegriffen, die dort befindlichen wertvollen Sammlungen in die Flucht gebracht und dann das Haus niedergebrannt.

Laat Pariser „Journal“ werden außer den beiden Keilerregimenten, deren Abtransport von Marokko nach Syrien ge-

meldet worden ist, noch acht Bataillone, davon drei aus Marokko, bereitgestellt werden, um nach Syrien entsandt zu werden. Die Stärke der französischen Levanterarmee wird damit auf 30 Bataillone Infanterie und fast fünf Regimenter Kavallerie erhöht werden.

Türkische Truppentransporte durch Syrien?

Wie die Londoner Presse meldet, erhielt das Foreign Office in der vergangenen Woche Kenntnis davon, daß die Türkei die Genehmigung erhalten habe, Truppen in Stärke von 5000 Mann durch Syrien an die Grenze des Irak-Gebietes zu befördern. Das Foreign Office habe sofort bei der französischen Regierung Protest erhoben, doch kein Anzeichen dafür vorhanden, daß diese Truppentransport verbieten werde.

Die Pariser „Liberte“ will erfahren haben, daß der Völkerbund eine Untersuchung über die Vorgänge in Syrien eingeleitet habe, und spricht in diesem Zusammenhang von einer Demütigung Frankreichs.

Zur außenpolitischen Lage.

„Journal“ und „Temps“ bekräftigten Sonntag früh, daß die französische Kammer keine Zustimmung zur Verträge von Locarno ausdrücken wird, bevor nicht der deutsche Reichstag dem Vertrag angenommen hat.

Wie der Pariser „Temps“ meldet, hat der Ministerrat am Sonnabend beschlossen, die Kopplstärke der französischen Truppen im besetzten Gebiet auch für Monat November unverändert zu lassen. Das schließt nicht aus, daß die Verstärkungen für das besetzte Gebiet noch im November eingeleitet würden.

Aus London wird gemeldet: Am Sonnabend hat das englische Kabinett den Vertrag von Locarno einstimmig angenommen und seine sofortige Weiterleitung des Unterhaus beschlossen. Keuter mehr Sonntag früh: Ueber Zeitpunkt und Nebenabmachungen von Locarno steht eine Veröffentlichung der britischen Regierung bevor.

Vor Räumung Kölns?

Aus Köln wird gemeldet: Sechs englische Offiziere, die mit der Prüfung der Ueberlieferung der englischen Besatzung nach Wiesbaden beauftragt sind, befristigen dieser Lage in Wiesbaden sowohl die französischen Quartiere als auch Hotels und Privatwohnungen. In Köln sind inzwischen weitere von den Engländern beschlagnahmte Gebäude den Deutschen wieder zurückgegeben worden. Es scheint mehr und mehr, als ob die Räumung der Kölner Zone wirklich Tatsache werden sollte.

Zur innerpolitischen Lage.

Innerpolitisch ist heute zu werden, daß der Kanzler, der am Dienstag die Vorstehenden der Regierungsparteien nach Berlin berufen hat, am Mittwoch auch mit Vertretern der anderen Parteien einseitig der Sozialdemokraten, die Verhandlungen wieder aufnehmen will. Das erhöht die Unklarheit der Lage. Ziele und Absichten des Kanzlers lassen sich nur aus Mitteilungen entnehmen, die Herr Luther am Sonnabend dem Berliner Timesvertreter gemeldet hat, die innere Politik werde ihn an der Unterzeichnung des Paktes in London in keinem Falle hindern.

Die neue Preisentsatzung der Reichsregierung wird am Dienstag den Parteiführern der Regierungsparteien und am Mittwoch den übrigen Parteien informativ bekanntgegeben. Am zweiten Teil der Woche werden die Gemeinlichen Gelegenheiten erhalten, zu ihr Stellung zu nehmen.

Die neue Preisentsatzung wird noch vor Zusammenritt des Reichstages durchgeführt werden und erzielbar ist, falls die von der Reichsregierung vorgesehene Zwangsmaßnahmen dem Reichstag sofort nach Wiederzusammentritt vorgelegt.

Die Reichstagsaufsichtung wird nicht die Hoffnungen der Sozialdemokraten erfüllen, die Auslösung und Neuwahl können einzig und allein dem Zweck haben, der Welt zu zeigen, wie es sich zu dem Vertrag von Locarno stellt. Einen anderen Erfolg kann „trotz der Wünsche“ die Reichstagsaufsichtung nicht bringen. Eine Preisveränderung, die die Devisenmarken für immer auspariert, ist ganz und gar unausführlich.

Falsche Gerüchte über den Reichspräsidenten.

Ein aus Hannover kommendes Gerücht besagt, daß der Reichspräsident während seines Aufenthaltes in Hannover dem amerikanischen Journalisten Karl Wiegand ein Interview erteilt und darin erklärt habe, er habe sich durch die Devisenmarken in vor den Kopf geschlagen gefühlt, daß er sein Amt niederlegen wolle. Dieses Gerücht wird von zuständigen Stellen als falsch von U bis J bezeichnet; der Reichspräsident habe in Hannover überhaupt keinen amerikanischen Journalisten empfangen. Auch von Rüdrittsabsichten des Reichspräsidenten könne keine Rede sein.

Am Anstich daran wird ferner mitgeteilt, daß von dem Plan der Reichsregierung, wegen des Vertrages von Locarno einen Volksentscheid herbeizuführen, nichts bekannt ist.

Der russische Oberkommandierende Frunke gestorben.

Am 31. Oktober ist der russische Volkskommissar für das Kriegswesen Frunke an den Folgen einer Operation gestorben. Eine Regierungs-erklärung aus Anlaß des Todes Frunkes weist darauf hin, daß die Sowjetunion in Frunke einen ihrer besten Organisatoren und Führer und einen Mann verlor, dem die Siege über Wrangel und Koltschak zu danken seien. Das Begräbnis des Entschlafenen findet am 3. November statt. Eine Reihe diplomatischer Vertretungen haben der Sowjetregierung ihr Beileid ausgedrückt.

Der vorläufige Volkskommissar für das Kriegswesen, Frunke wurde im Gemeinlichsausschuss aufgeführt, Regierungsmitglieder und Vertreter der Truppenteile und der Arbeiterorganisationen halten die Ehrenwache. Der auf den 3. November festgesetzte Begräbnisakt wurde zum Trauertag für die gesamte Sowjetunion erklärt.

Die kommunistische Wiener „Rote Fahne“ bringt heute an der Spitze des Blattes die Mitteilung, daß der Presse- und Kampfbund der Partei erschöpft sei. Das Blatt steht daher vor der Einstellung.

Auf dem Feldberger Bergfriedhof fand am Sonnabend die feierliche Uebergrabe des von der Reichsregierung dem verstorbenen Reichspräsidenten Ebert erteilten Grabdenkmals an die Stadt Feldberg statt. Die Reichsregierung war bei dieser Gedenkfeier vertreten durch Reichsminister Dr. Gehler, Reichsarbeitsminister Dr. Traugott und Staatssekretär Dr. Weizsäcker.

Das Loch im Westen.

Eine bedenkliche Lücke im Locarno-Vertrag.
Von einem Mitgliede des Reichstages aus nachfolgender Brief eines Herrn aus Norddeutschland für Berücksichtigung angeht, der sehr einflussreiche Beziehungen in England hat und vor kurzem längere Zeit drüben weilte. Der Brief interessiert mich wegen der deutschen Interessen, die in England durchaus keine Ablehnung gefunden haben und schließlich im übrigen die wirtschaftlichen Beziehungen der europäischen Mächte zueinander in durchaus treffender Weise.

Die Engländer haben eine offene Ausdrucksform von jeder Art gehabt, um immer, wenn man ihnen eigenen Lande unbedingt die Stange hält. Ich habe nichts nur auf ihr Verlangen darauf eingegangen.

Zu Locarno, das im Werden war, erklärte ich ihnen, daß, wenn am Rhein eine entmilitarisierte Zone geschaffen werden sollte, eine mögliche unmittelbare Gefahr gegenwärtigen Waffenherstellung zu verhindern, dann schlichte mögliche solche Zone nicht nur auf die Mittel- und Unterlauf, sondern auf das ganze Rheintal von Basel bis zur holländischen Grenze hin beziehen müsse. Ich fand nur Zustimmung aus so etwas absolut Nichts heraus.

Ich habe aber noch nirgends gehört oder gelesen, daß die französischen Truppen aus Elbas-Lothringen abziehen, alle dortigen Festungen von Besatzung bis Diederhöfen geleistet werden sollen. Ich habe noch nicht einmal gehört, daß irgend ein deutscher Staatsmann oder Politiker dies öffentlich als ganz selbstverständliche Vorbedingung zur Verwirklichung eines wahrhaft auf gegenseitiger Treue und Glauben und Freundschaftswillen beruhenden Rhein-Pakt (West-Pakt) ausgesprochen hat.

Dagegen liegt es in der Kölnischen Zeitung, daß der Vorleser des Völkerbundes einmündig in London, Prof. Gilbert Murray, öffentlich ausgesprochen hat, daß es selbstverständliche Forderung, daß es einem Brien verpönt sein, sich Offiziers nicht zu fordern, was so allertest wir Deutsche selbst fordern sollten? Für den besagten Fall kann es nur das — das ganz Richtige — aber nicht geben. Ein Loch würde die Gefahren mehren, statt mindern.

Hat man bei uns vergessen, daß einst die Soldaten des Bismarck erklärten, sie könnten sich ohne Land nicht rüchfalls Norddeutschland einziehen, als sie unter französischen Kanonen in Straßburg lagen? Und heute? Soll der deutsche (Polen) näher als der Rind?

Für alles deutsche Land südlich der Rine Frankfurt-Trier-Saarbrücken ist Elbas-Lothringen das Heind. Dieses muß, ebenso wie das Land südlich jensei Rhein, entmilitarisiert sein, wenn das Ganze ein haben und gute Zukunftsmöglichkeiten bergen soll. Das an sich der Gehalts der Entmilitarisierung zu allertest — rein objektiv betrachtet — auf Elbas-Lothringen, den historischen Hauptanwendung zu finden hat, ist so einleuchtend, daß es keiner Erklärung bedarf. Gerechtigkeit hätte überdies dann, wenn die Nationen — Deutsche und Franzosen — das rein gegenseitige Elbas mit seinem gelegentlichen, künstlich angelegten französischen Kulturritus für längere Zeit einmal sich selbst überlassen, speziell innenpolitisch ungeschicklich.

Was die Allierten nicht endlich vernünftig Deutschland gegenüber handeln, sie werden es selbst dieses wohl oder übel vollstrecken in die Arme Rußlands und des Bolschewismus treiben und damit das Ende unserer heutigen Kultur schaffen.

Die anderen frischen endlich wirklichen Frieden genau so nötig wie wir. Warum sollen allein wir ihn begehren? Warum ein Deutschland, dem Arme und Beine und auch noch Wackes vom Kump abgedacht ist?

Im Kriege war die Zeit gegen uns. Heute, speziell betrifft, des Friedensschüßnisses aller, dürfte die Zeit für uns sein. Wenn die Zeit nicht reif ist, in sich selbst die rechtpolitischen Grundlagen für die Aufrichtung eines Westsicherheits-Paktes zu schaffen, so muß eben mit dem Abschlusse eines solchen gewartet werden bis die Zeit reif ist; bis nicht nur, wie heute, einigen Staaten die Welle der Krieg, der um Freizug aller gegen einen geführt hat, und der Beginn der Bezeugung von Deutschlands Alleinfall am Kriege offenbar geworden ist, sondern auch den Massen der Völker, oder bis den Anders das Friedensschüßnis-Freuen auf den Regeln brennt, sie inzuliegen vernünftig (rassional) als gegenüber auftreten, dadurch endlich die Gleichheit wieder hergestellt wird.

Glaubt etwa jemand, daß im umgekehrten Falle Frankreich oder England jemals einen solchen besonderen freiwilligen Pakt unterzeichnen würden, solange noch ein Soldat der fremden Besatzungsarmee auf ihrem Boden steht? Solche Besatzungsarmee wirkt in jedem Falle feindlich; denn ihr Dabein in sich selbst ist nicht Freundschaft, sondern Feindschaft. Will man das feindliche Recht einlösen, was ist die Lösung? Man hat sofort an alle jene das Kommando zu gehen: Macht Recht und auf Rimmerüberleben! Erst dann kann ich unterzeichnen.

